



Allgemeines Jüdisches Familienblatt

Leipziger Jüdisches Familienblatt * Leipziger Jüdische Zeitung

WOCHENBLATT FÜR DIE GESAMTEN INTERESSEN DES JUDENTUMS

Anzeigenpreise: 6 gespalt. mm-Zeile 15 Pf. 3 gespalt. Textzeile 60 Pf. Familienanzeigen für Abonnenten gegen Vorzeigung der bezahlten Monatsquittung 10% Rabatt. Anzeigen werden in unserer Geschäftsstelle entgegengenommen. Anzeigenschluß Dienstag abend. Anzeigengebühren von auswärts werden auf Postscheckkonto Leipzig Nr. 52521 unter Gemeinnützige Werkgemeinschaft, Leipzig erbeten. Für Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und für Platzvorschrift kann keine Gewähr geleistet werden. Bei Klagen gilt die Zuständigkeit des Amtsgerichts Leipzig als vereinbart.

Redaktion: Allgem. Jüdisches Familienblatt, Löhstr. 6.
Alle Zuschriften und Sendungen nur an die Geschäftsstelle
Druckerei der Werkgemeinschaft, Brüderstr. 19, Telefon 27 489
Erscheint Freitags - Redaktionsschluß Dienstag mittag.
Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Rückporto beiliegt.

Bezugspreise: Für Leipzig 50 Pfg. monatlich, auswärts 70 Pfg. (inklusive Zustellgebühr). Abonnements nehmen alle Postämter entgegen. Streifen- und Bezug für Deutschland, Österreich, Saargebiet, Luxemburg, Danzig, Memelgebiet 1.- Mark monatlich, für das übrige Ausland 1.20 Mark monatlich. Bestellungen nehmen entgegen in Leipzig: Hauptgeschäftsstelle Brüderstraße 19, Dresden A. 1, L. Gerber Georgplatz 2.

Nach der Entscheidung

Wenn man auch berücksichtigen muß, daß einzig und allein der Propagandaapparat den Regierungsparteien zur Verfügung stand, so muß doch festgestellt werden, daß der Zustrom nationalsozialistischer Stimmen gewaltig war. Durch das Ergebnis der Wahlen sind in Deutschland für die nächste Zeit stabile politische Verhältnisse geschaffen worden. Die Staatsgewalt wird in der nächsten Periode in der Hand einer Regierung sein, deren zwar nicht zahlenmäßig überlegener, aber beherrschender Bestandteil die führenden Persönlichkeiten der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, also einer programmatisch radikal antisemitischen Partei, sind. Die deutschen Juden haben mit diesem Zustand zu rechnen und sie werden selbstverständlich auch in dieser Regierung in erster Linie die Regierung des deutschen Reiches sehen, die als solche von allen Bürgern respektiert werden muß. Die gegenwärtige Regierung ist schon durch ihre Zusammensetzung keine einseitige Parteiregierung, und es wird überhaupt bis tief in die Kreise der Rechten hinein bezweifelt, ob eine einseitige Parteiregierung in dem sozial, kulturell und regional vielfach differenzierten Deutschen Reich überhaupt möglich ist. Jede deutsche Regierung wird auf die geschichtlich gegebenen, organisch gewordenen Eigentümlichkeiten der einzelnen Bevölkerungsgruppen Rücksicht nehmen müssen. Eine solche eigentümliche Bevölkerungsgruppe mit klar ausgeprägter Sonderart sind auch die deutschen Juden. Nach der geistigen und politischen Entwicklung der letzten Jahre wird niemand mehr die ethnische Sonderart der Juden bestreiten oder bezweifeln wollen; zugleich aber muß klar werden, was von zionistischer Seite stets betont worden ist: daß zwischen Staatsbürgertum und Judentum kein Gegensatz besteht und daß die Erfüllung der Pflicht gegenüber der jüdischen Gesamtheit in keiner Weise die Pflichten gegen den Staat oder die Stellung der Juden im Staat berührt. Klare Verhältnisse in der Judenfrage ohne „Tarnung“ müssen das Zusammenleben von Juden und Nichtjuden nur erleichtern. Wenn jetzt eine Neuordnung der Verhältnisse in Deutschland geplant ist, so werden die deutschen Juden mit aller Energie darüber zu wachen haben, daß ihre Rechtsstellung in keiner Weise angetastet wird. In diesem Bestreben werden alle Juden, unabhängig von innerjüdischen Differenzen, einig sein.

Die Wahl vom 5. März schloß eine Periode der Unsicherheit und Nervosität ab. Besonders die letzte Woche vor den Wahlen war voll Erregung und voll Spannungen und es ist erklärlich, daß allerlei Gerüchte die Luft durchschwirten, insbesondere in Preußen. Die Korrespondenten ausländischer Zeitungen meldeten ihren Blättern diese in Berlin herrschende Stimmung der Nervosität,

und es mag teils auf Sensationsmacherei, teils auf Übertreibungen zurückzuführen sein, daß auf diese Weise in einem Teil der Auslandspresse Nachrichten über besondere Befürchtungen der Juden und über angeblich bevorstehende Pogrome drangen. Von verantwortlicher jüdischer Seite sind diese Nachrichten nicht ausgegangen, denn wir wissen sehr wohl, daß es im jüdischen Interesse liegt, nichts als die Wahrheit zu berichten. Wahrheitsgemäß ist nun auch festzustellen, daß der Wahltag in voller Ruhe vorübergegangen ist und keinerlei Ausschreitungen gegen Juden stattgefunden haben. Aber diese übertriebenen Nachrichten hatten eine andere, sehr interessante Folge. Sie haben die nationalsozialistische Presse, die sich sonst nur in Schmähungen und eindeutiger Hetze gegen das Judentum ergeht,

Unbelästigt

kaufen Sie bei unseren Inserenten!

Sie legen Wert auf jüdische Kunden!

veranlaßt, sich mit Entrüstung gegen die Möglichkeit von Pogromen in Deutschland zu verfahren. Die thüringische Regierung (die bekanntlich nationalsozialistisch ist) spricht in einer offiziellen Kundgebung sogar davon, die im Auslande verbreiteten Nachrichten über Vorbereitung von Pogromen seien „unerhörte Beleidigungen des ganzen deutschen Volkes“. Wir können dieser Kennzeichnung nur zustimmen, müssen aber die nationalsozialistischen Instanzen, die jetzt in dieser Weise protestieren, darauf hinweisen, daß die von der nationalsozialistischen Presse gegen die Juden geführte Sprache oft so mißverstanden werden konnte, wie es offenbar seitens der Urheber dieser Gerüchte geschehen ist. Es wäre eine erfreuliche Nebenwirkung der letzten Erfahrungen, wenn die zuständigen Instanzen dafür sorgten, daß der maßlosen Hetze, der wüsten Beschimpfung und den fortgesetzten Drohungen, die gegenüber den Juden an der Tagesordnung sind, Einhalt geboten werde.

Im Verfolg der Polizeiaktionen gegen Kommunisten und Sozialisten ist auch eine Polizeiaktion gegen den „Centralver-

ein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens“ erfolgt. Die Berliner Büros dieses Vereins wurden polizeilich durchsucht und der amtliche Bericht teilt mit, daß „illegale Druckschriften“ beschlagnahmt wurden. Der „Völkische Beobachter“ veröffentlichte einen Bericht, worin behauptet wird, es habe sich erwiesen, daß der C.V. eine „Hilfsorganisation der K.P.D.“ sei. Angesichts dieser Aktion glauben wir sagen zu müssen, daß eine amtliche Nachprüfung sicherlich die Darstellung des „Völkischen Beobachters“ widerlegen wird. Bei den geltenden Pressebestimmungen ist es schwierig für uns, eine Beurteilung auszusprechen, ehe das amtliche Material vorliegt; aber ebenso unzulässig müßte es für den „Völkischen Beobachter“ sein, mit einer tendenziösen Darstellung, die weit über das polizeiliche Communiqué hinausgeht, in die Öffentlichkeit zu treten. Die jüdische Öffentlichkeit aller Richtungen wartet jedenfalls mit Spannung die weiteren Ergebnisse dieser Aktion ab. Inzwischen wurde der C.V. in Thüringen aufgelöst und verboten, was wahrscheinlich nur eine Folge der Berliner Aktion und des Berichtes im „Völkischen Beobachter“ ist. Die thüringische Regierung hat dabei dem C.V. vorgeworfen, daß er „in unaufrichtiger talmudistischer Weise“ unwahre Nachrichten im Auslande verbreitet habe.

Wie sich die Lage der Juden in Deutschland in nächster Zeit gestalten wird, ist nicht vorherzusehen. Sicher ist aber mit tiefgreifenden ökonomischen und sozialen Wandlungen in Deutschland zu rechnen, von denen auch die deutschen Juden nicht unberührt werden. Die Epoche des Liberalismus kann in Deutschland zunächst als abgeschlossen gelten und wir stehen am Beginn von etwas Neuem, das wir noch nicht kennen. Wie immer sich die Verhältnisse gestalten, die deutschen Juden müssen in dieser Zeit Ausdauer und Zuversicht bewahren. Vor einigen Tagen erst hat in London eine großartige, von mehr als 100 englischen Parlamentariern besuchte Kundgebung stattgefunden, die der jüdischen Leistung und Regeneration in Palästina galt; es ist vielleicht von symbolischem Wert, daß der Vorsitzende dieser imposanten Versammlung, Dr. Weizmann, auch den deutschen Juden Worte der Ermutigung zurief. Die Ehre, die das Judentum mit seinem Palästina-Werk einlegt, strahlt auf alle Juden zurück. Im Dienste des Judentums, im Vertrauen auf eine jüdische Zukunft, sind heute alle Juden verbunden. Die Not der Zeit hat auch Juden, die bisher an der Peripherie standen, zum Judentum zurückgeführt. Die Besinnung auf die großen Werte der Vergangenheit, deren Erben und Träger wir sind, macht uns stark auch in Zeiten äußerer Bedrückung.

66
Universitätsbibliothek
Beethovenstr. 6